

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
A. Einleitung.....	1
I. <i>Problemaufriss</i>	1
II. <i>Gegenstand und Gang der Untersuchung</i>	3
B. Das Binnenmarktziel und seine ertragsteuerlichen Implikationen	7
I. <i>Bedeutung und Funktion des Binnenmarktbegriffs</i>	8
1. Der Binnenmarkt als homogener europäischer Gesamtmarkt	10
2. Die Strukturelemente der Binnenmarktordnung	11
a. Freiheit im Wettbewerb.....	11
b. Gleichheit im Wettbewerb.....	13
c. Wechselbezüglichkeit von Wettbewerbsfreiheit und Wettbewerbsgleichheit	16
3. Grenzüberschreitende Besteuerungsneutralität als integraler Bestandteil des Binnenmarktkonzepts	17
a. Neutralität des Kapitalexports	18
b. Neutralität des Kapitalimports.....	19
4. Zwischenergebnis	19
II. <i>Die kompetenzrechtlichen Rahmenbedingungen auf dem Gebiet des Steuerrechts</i>	20
1. Keine umfassende Abgabenhoeheit der Union	20
2. Die steuerlichen Legislativbefugnisse der Union im Einzelnen.....	21
a. Keine Harmonisierung auf Grundlage von Art. 114 Abs. 1 AEUV	22

b. Konsequenz: Nur punktuelle legislatorische Angleichung auf Grund von Art. 115 AEUV.....	23
<i>III. Fazit zu B.....</i>	26
 C. Die Grundfreiheiten als zentrales Integrationsinstrument	29
I. <i>Anwendbarkeit der Grundfreiheiten auf das nationale Recht der Ertragsbesteuerung.....</i>	29
II. <i>Die Auslegung nach Systematik und Telos als zentrale Interpretationsmethoden.....</i>	31
III. <i>Das Verhältnis von Grundfreiheiten und Binnenmarktziel</i>	32
1. Grundfreiheiten und Gesamtmarkthomogenität	33
a. Einseitige Schutzrichtung als tatbestandsimmanente Schranke	33
b. Herkunftslandprinzip als Mittel zur Simulation von Gesamtmarkthomogenität?	35
c. Zwischenergebnis.....	37
2. Grundfreiheiten und Wettbewerbsfreiheit.....	38
3. Grundfreiheiten und teilmarktbezogene Wettbewerbsgleichheit.....	40
IV. <i>Der tatbestandliche Gewährleistungsinhalt der Grundfreiheiten</i>	46
1. Abwehr rechtsfolgenbezogener Ungleichbehandlung zum Nachteil des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs durch den Zielstaat ..	47
a. Verbot der Benachteiligung aufgrund der Staatsangehörigkeit bzw. der Warenherkunft	47
b. Verbot der Benachteiligung aufgrund funktional-äquivalenter Merkmale	49
c. Verbot der Benachteiligung mittels herkunftsneutral differenzierender Regelungen	52
2. Abwehr rechtsfolgenbezogener Ungleichbehandlung zum Nachteil des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs durch den Herkunftsstaat.....	55
3. Kein Schutz vor Wettbewerbsnachteilen aufgrund unterschiedslos geltender Rechtsfolgenanordnungen.....	56
a. Faktische Wettbewerbsnachteile infolge unterschiedsloser Anwendung nationaler Standards durch den Zielstaat (sog. „inbound-Konstellation“)	56

b. Rechtliche Wettbewerbsnachteile infolge unterschiedsloser Anwendung nationaler Standards durch den Herkunftsstaat (sog. „outbound-Konstellation“)	58
4. Nur eingeschränkter Schutz vor Wettbewerbsnachteilen aufgrund des Zusammenwirkens nicht harmonisierter Teilrechtsordnungen	62
a. Die Grundfreiheitsneutralität interjurisdiktionaler Rechtsfolgenkumulation	63
b. Ausnahme: Schutz vor der Kumulation gleichgerichteter Rechtsfolgenanordnungen	63
c. Im Besonderen: Keine Handhabe gegen Wettbewerbsnachteile in Gestalt von Anpassungsbelastungen	66
aa. Genese, Inhalt und Ratio des vom EuGH entwickelten „Herkunftslandprinzips“	67
bb. Modifikationen im Zuge der „Keck“-Rechtsprechung	68
cc. Faktischer Deregulierungszwang als Kehrseite des Herkunftslandprinzips	71
dd. Unionsweite Zirkulationsfähigkeit aller Güter und Produktionsfaktoren kein Wert an sich	72
ee. Zwischenergebnis	76
V. Fazit zu C.	77
D. Entwicklung konsistenter dogmatischer Strukturen	83
I. Der Beschränkungstatbestand	84
1. Eröffnung des Anwendungsbereichs	85
a. Sachlicher Anwendungsbereich	85
b. Persönlicher Anwendungsbereich	88
aa. Natürliche Personen	88
bb. Juristische Personen und Personenmehrheiten	89
2. Beeinträchtigung des Schutzguts der Grundfreiheiten	91
a. Vorab: Zur Notwendigkeit der Differenzierung zwischen Anwendungsbereich und Schutgut der Grundfreiheiten	92
b. Vergleichsgruppenbildung	93
aa. Die Bedeutung des Wettbewerbsbegriffs im Kontext der grundfreiheitsrechtlichen Vergleichsgruppenbildung	95
bb. Die EuGH-Rechtsprechung zu den Wettbewerbsregeln des AEUV als Anknüpfungspunkt	99
cc. Zielmarktidentität als ergänzendes Vergleichbarkeitskriterium	100
c. Art und Umfang der gleichheitsrechtlichen Position	101

aa. Abgrenzung zur Gleichbehandlung von Ungleichen	101
bb. Rechtsfolgenbezogenheit des grundfreiheitsrechtlichen Gleichheitsschutzes	103
d. Einseitige Schutzrichtung	108
3. Zurechenbarkeit	109
a. Kriterien der Zurechnung	110
aa. Kausalität und Kompetenz als äußere Grenzen der grundfreiheitsrechtlichen Verantwortlichkeit	110
bb. Gestaltungshoheit der Mitgliedstaaten als zusätzliche Zurechnungsschranke	112
b. Zurechenbarkeit von Schutzgutbeeinträchtigungen infolge diskriminierender Kompetenzausübung	114
c. Zurechenbarkeit von Schutzgutbeeinträchtigungen infolge nichtdiskriminierender Kompetenzausübung	116
aa. Völkerrechtliche Begrenzung der Reichweite staatlicher Regelungsmacht als auslösendes Moment	117
bb. Der Grundsatz: Keine Pflicht zur Kompensation ungleicher regulativer Vorbelastung	119
cc. Die Ausnahme: Kompensationspflicht im Falle gleichgerichteter Regulierung	121
d. Zwischenergebnis	122
<i>II. Rechtfertigung von Grundfreiheitsbeschränkungen</i>	122
1. Keine vorbehaltlose Gewährleistung des Beschränkungsverbots	123
2. Notwendigkeit der Perspektiverweiterung	125
3. Die abstimmungsbedürftigen Wertungen der Unionsverträge auf dem Gebiet des Ertragsteuerrechts im Überblick	126
a. Gestaltungshoheit der Mitgliedstaaten	126
b. Das Folgerichtigkeitsgebot als Ausfluss von Gleichheitssatz und Rechtsstaatsprinzip	128
c. Bestätigung der völkerrechtlichen Besteuerungsschranken	129
d. Zwischenergebnis	130
4. Leitlinien der Konfliktauflösung	131
5. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz als zentrales Ausgleichsinstrument	134
a. Das Kriterium der Geeignetheit	135
b. Das Kriterium der Erforderlichkeit	136
c. Das Kriterium der Angemessenheit	136
<i>III. Fazit zu D.</i>	138

E. Das Recht der Besteuerung von Streubesitzdividenden als Referenzgebiet.....	143
I. <i>Spezifika des Dividendenbesteuerungsrechts</i>	143
II. <i>Typologie der von den Mitgliedstaaten praktizierten Dividendenbesteuerungssysteme</i>	147
1. Freistellungssysteme.....	147
2. Anrechnungssysteme	151
3. Teilbelastungssysteme	154
4. Zwischenergebnis	157
III. <i>Das nationale Recht der Dividendenbesteuerung in der Recht- sprechung des EuGH</i>	157
1. Grundfreiheits-Rechtsprechung zu Anrechnungssystemen	158
a. „Inbound“-Dividenden	158
b. „Outbound“-Dividenden.....	161
2. Grundfreiheits-Rechtsprechung zu Teilbelastungssystemen	162
a. „Inbound“-Dividenden	163
b. „Outbound“-Dividenden.....	166
IV. <i>Kritik</i>	170
1. Dogmatische Inkonsistenzen	170
a. Verfehlte Vergleichbarkeitsprüfung	171
b. Unsachgerechte Verquickung von justiziablen und nicht justiziablen Aspekten des Binnenmarktziels	176
c. Unzulängliche Würdigung der mitgliedstaatlichen Gestaltungshoheit.....	180
2. Rechtsprechungsimmanente Wertungswidersprüche	184
a. Widersprüche innerhalb der Rechtsprechung zu „inbound“- Dividenden.....	184
aa. „Manninen“ vs. „Orange European Smallcap Fund“.....	184
bb. „Lenz“ vs. „Meilicke“	186
b. Widersprüche innerhalb der Rechtsprechung zu „outbound“- Dividenden.....	188
aa. „ACT“ vs. „Kommission/Spanien“	188
bb. „Burda“ vs. „Aberdeen Property Fininvest Alpha Oy“	191
c. Widersprüche zwischen der Rechtsprechung zu „inbound“- Dividenden und der Rechtsprechung zu „outbound“- Dividenden	193

aa. Anwendung unterschiedlicher Vergleichbarkeitsmaßstäbe ...	193
bb. Anwendung unterschiedlicher Aufteilungsmaßstäbe.....	195
3. Binnenmarktwidrige praktische Konsequenzen	197
a. Willkürliche Aufkommens- und Lastenzuteilung	198
b. „Form Over Substance“	200
4. Zwischenergebnis	202
<i>V. Anwendung und Konkretisierung des im Abschnitt D.</i> <i>entwickelten Prüfungsmaßstabs</i>	<i>203</i>
1. Die Tatbestandsebene: Feststellung einer rechtserheblichen Wettbewerbsverzerrung	204
a. Eröffnung des Anwendungsbereichs	204
b. Schutzgutbeeinträchtigung	205
aa. Festlegung der Vergleichsgruppe	206
bb. Disparate Belastungsfolgenbetroffenheit infolge des Ausschlusses grenzüberschreitend ausgeschütteter Beteiligungserträge vom einschlägigen Dividenden- Entlastungsmechanismus	209
c. Zurechenbarkeit.....	210
aa. Binnenorientierte Ausgestaltung des Anrechnungssystems als Diskriminierung?	212
(1) Nichtanrechnung ausländischer Körperschaftsteuer bei „inbound“-Dividenden	212
(2) Nichterstattung inländischer Körperschaftsteuer bei „outbound“-Dividenden	214
bb. Binnenorientierte Ausgestaltung des Teilbelastungssystems als Diskriminierung?	216
(1) Vorenthaltung der Freistellung bzw. des „shareholder ef“ bei „inbound“-Dividenden	216
(2) Vorverlagerung des zweiten Besteuerungsteilschritts bei „outbound“-Dividenden	217
cc. Binnenorientierte Ausgestaltung als Verstoß gegen das grundfreiheitsrechtliche Abstimmungsgebot?	218
dd. Zwischenergebnis	223
2. Die Rechtfertigungsebene: Herstellung praktischer Konkordanz.....	224
a. Das Rechtfertigungspotenzial des Kohärenzarguments	226
aa. Die Parallelität von Kompetenzvorbehalt und Grundfreiheitsbindung als Ausgangspunkt.....	226
bb. Das Kohärenzargument in der Rechtsprechung des EuGH.....	230
(1) Weichenstellung durch das Urteil in der Rechtssache „Bachmann“	230

(2) Sachwidrige Verkürzung des Kohärenzarguments infolge mangelnder Rückbindung an das unionale Primärrecht	232
cc. Das Kohärenzargument als Ausfluss der kompetenzrechtlichen Wertungen der Verträge	235
dd. Folgerungen bezüglich der Vorverlagerung des zweiten Besteuerungsschritts im Rahmen von Teilbelastungssystemen	236
b. Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	237
aa. Prüfung der Geeignetheit	237
bb. Prüfung der Erforderlichkeit	238
(1) Berücksichtigung der mitgliedstaatlichen Bindung an das Völkerrecht	238
(2) Die (wahre) Bedeutung des Aufteilungsgrundsatzes	241
(3) Folgerungen bezüglich der Vorverlagerung des zweiten Besteuerungsschritts bei Teilbelastungssystemen	243
cc. Prüfung der Angemessenheit	244
(1) Bestimmung des Abwägungsmaßstabs	245
(2) Im Einzelnen: Dividendenbesteuerungsspezifische Aspekte der Angemessenheitsprüfung	247
(a) Die Idee des „Vorteilsausgleichs“	247
(b) Der Neutralisierungsgedanke	249
(c) Reduzierung des Besteuerungsumfangs im grenzüberschreitenden Fall	251
(3) Folgerungen bezüglich der Vorverlagerung des zweiten Besteuerungsschritts bei Teilbelastungssystemen	251
dd. Zwischenergebnis	253
<i>VI. Fazit zu E.</i>	253
F. Zusammenfassung	256
Literaturverzeichnis	263
Sachregister	277